



WIRTSCHAFTSPRÜFERKAMMER

Körperschaft des
öffentlichen Rechts

www.wpk.de/aktuell/anhoerung_wahl.asp

www.wpk.de/magazin/3-2010.asp

Häufig gestellte Fragen im Zusammenhang mit der Änderung des Wahlverfahrensrechts

Im Rahmen der Vorstellung der Änderung des Wahlverfahrensrechts in den Kammerversammlungen wurden von den Mitgliedern wiederholt Fragen gestellt, die zuvor bereits Anlass ausführlicher Diskussionen im Beirat, im Vorstand und im eigens zur Gestaltung des Wahlverfahrensrechts eingerichteten gemeinsamen Projektausschusses waren.

Nachfolgend finden Sie Überlegungen und Antworten auf die am häufigsten gestellten Fragen.

1. Mir ist die Zielsetzung einer erneuten Änderung der Wahlordnung nicht ganz deutlich geworden; wie sieht diese aus?

Bisher erfolgt die Wahl der Mitglieder des Beirates als Personenwahl. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen auf sich vereint. Auf dem Stimmzettel werden die Kandidaten alphabetisch nach Wahlvorschlagslisten sortiert dargestellt. Die umfassende und an der Größe des Beirates orientierten Wahlvorschläge waren für jeden Wähler erkennbar bestimmten Interessengruppen im Beruf zugeordnet. Dies hat dazu geführt, dass die überwiegende Zahl der Wähler überwiegend nur die Kandidaten eines Wahlvorschlages, mithin praktisch nach Liste gewählt hat. Im Ergebnis war letztlich nur eine Interessengruppe im Beirat vertreten, während alle anderen Interessengruppen von der Mitarbeit im Beirat ausgeschlossen waren. Auch die Einführung der Briefwahl hat dieses grundsätzliche Problem des bisherigen Wahlrechts nicht beseitigt, sondern nur die Kräfteverhältnisse verschoben.

Der Wunsch nach einem Wahlrecht, das der Forderung nach einer Vertretung aller relevanten Interessengruppen im Beirat gerecht wird, bestand daher im Berufsstand fort und wurde vom Beirat entsprechend aufgegriffen. Nach ausführlichen Erörterungen in den Gremien bietet die aus dem Bereich der Bundestags-, der Landtags- und der

Kommunalwahlen bekannte Verhältniswahl die größte Wahrscheinlichkeit, dass im Ergebnis der Wahlen alle relevanten Interessengruppen im Berufsstand auch im Beirat vertreten sind.

Bei der Verhältniswahl erhält jede Wahlvorschlagsliste die Zahl von Beiratsmandaten, die dem Verhältnis der auf die Wahlvorschlagsliste insgesamt entfallenen Stimmen an der Gesamtstimmenzahl entspricht. Entfallen auf eine Wahlvorschlagsliste 10 % aller Stimmen, erhält diese Wahlvorschlagsliste auch 10 % aller Beiratssitze. Entfallen auf eine Wahlvorschlagsliste 70 % aller Stimmen, erhält diese Wahlvorschlagsliste auch 70 % aller Beiratssitze. Die Vereinbarkeit der Verhältniswahl mit § 59 WPO hat das BMWi ausdrücklich bestätigt.

Noch ergänzend:

In Anknüpfung an die bisherige Personenwahl und um das Wahlverfahren insbesondere für den Wähler im Übrigen so weit wie möglich unverändert zu lassen, soll die Verhältniswahl aber weitestgehend personalisiert werden und als sog. personalisierte Verhältniswahl erfolgen.

Bei einer personalisierten Verhältniswahl hat der Wähler mehrere Stimmen und kann diese unmittelbar den Kandidaten auf einer Wahlvorschlagsliste zuordnen und so zum einen das Verhältnis der konkurrierenden Wahlvorschlagslisten untereinander, gleichzeitig aber auch die Reihenfolge der Kandidaten auf einer Wahlvorschlagsliste mitbestimmen. Die Sitze im Beirat werden dann zunächst anteilig nach der Zahl der insgesamt auf eine Wahlvorschlagsliste entfallenen Stimmen verteilt. Innerhalb der jeweiligen Wahlvorschlagsliste erhalten dann die Kandidaten einen Sitz im Gremium, auf die die meisten Stimmen entfallen sind.

2. Warum erfolgt die Wahl zukünftig nicht nach einem einheitlichen Stimmzettel, der alle vorgeschlagenen Kandidaten ungeachtet vom Vorschlagenden auflistet?

In diesem Fall würde die Wahl weiterhin als Personenwahl erfolgen. Diese kann aber aus den zu Frage 1 dargestellten Gründen nicht im gleichen Maße wie eine Verhältniswahl gewährleisten, dass alle relevanten Interessengruppen nach einer Wahl im Beirat vertreten sind. Das Wahlverhalten bei den letzten Wahlen hat gerade gezeigt, dass die überwiegende Zahl der Wähler ihre Wahlentscheidung ganz klar von der Zuordnung eines Kandidaten zu einer vom Wahlvorschlagenden repräsentierten Interessengruppe abhängig macht.

3. Könnte bei einer einheitlichen Liste/einem einheitlichen Wahlzettel nicht hinter jedem Kandidat die Gruppenzugehörigkeit vermerkt werden, um dem Wähler eine bessere Einordnung zu ermöglichen?

Theoretisch ist es möglich, hinter jedem Kandidaten die Zugehörigkeit etwa zur Gruppe der 319a-HGB-Abschlussprüfer, der Gruppe der Mitglieder mit Teilnahmebescheinigung oder Ausnahmegenehmigung oder der Gruppe der Mitglieder ohne Teilnahmebescheinigung oder Ausnahmegenehmigung oder auch anderen noch zu definierenden Gruppen zuzuordnen. Praktisch steht dieser Zuordnung aber das Berufsrecht entgegen. Anders als andere Berufsrechte erlaubt die Wirtschaftsprüferordnung jedem Mitglied, seine Berufsausübung nahezu unbegrenzt zu organisieren. So kann ein Mitglied sowohl selbständig in eigener Praxis ohne Teilnahmebescheinigung und als Partner einer mittelständischen Berufsgesellschaft mit Teilnahmebescheinigung aber ohne 319a-HGB-Mandate sowie als Angestellter oder Partner einer Großgesellschaft tätig sein. Eine Zuordnung des Berufsangehörigen zu einer dieser Gruppe durch den Wahlausschuss lässt sich nicht rechtfertigen. Eine Zuordnung des Berufsangehörigen zu einer dieser Gruppe durch den Berufsangehörigen selbst müsste in jedem Einzelfall vor der Durchführung der Briefwahl, etwa auf Anfrage durch den Wahlausschuss, erfolgen, was mit einem kaum zu rechtfertigenden Verwaltungsaufwand verbunden ist. Letztlich bliebe die Zuordnung durch den Berufsangehörigen auch beliebig, sofern keine - im Ergebnis aber wohl nicht nachprüfbaren - Kriterien durch die Wahlordnung definiert werden. Darüber hinaus haben die Wahlergebnisse der letzten Wahlen gezeigt, dass für den Wähler weniger die Zugehörigkeit zu einer der hier beschriebenen Gruppen, als die Zugehörigkeit zu einer Interessengruppe für die Wahlentscheidung maßgeblich ist.

4. Wieso werden keine Berufsgruppen/Berufssegmente definiert und die Beiratsplätze im Verhältnis der Mitgliederzahlen festgelegt? Die Abgrenzungen wären einfach, z. B. könnte zwischen Berufsangehörigen mit und ohne Teilnahmebescheinigung bzw. Ausnahmegenehmigung und Berufsangehörigen mit 319a-HGB-Mandaten oder ohne 319a-HGB-Mandate unterschieden werden.

Gruppenwahlen sind eine rechtlich zulässige Möglichkeit. Die Wahl der Mitglieder des Beirates erfolgt schon heute als Gruppenwahl. Die WPO unterscheidet zwischen der Gruppe der Wirtschaftsprüfer und der Gruppe der vereidigten Buchprüfer. Theoretisch ist auch die Bildung weiterer Gruppen möglich, dies erfordert aber eine Änderung der Wirtschaftsprüferordnung, die derzeit nicht in Aussicht steht. Daneben steht einer weitergehenden Gruppenbildung praktisch auch das Berufsrecht aus den zu Frage 3 dargelegten Gründen entgegen.

5. Fördert ein personalisiertes Verhältniswahlrecht die Gruppenbildung im Beruf und einen entsprechenden Wahlkampf?

Die Bildung und Verfestigung von verschiedenen Interessengruppen im Berufsstand ist eine Tatsache und hat bereits anlässlich der letzten Wahl, die als Personenwahl erfolgt ist, den in seiner Ausgestaltung zum Teil auch kritisierten Wahlkampf hervorgerufen. Der Vorschlag, die Mitglieder des Beirats zukünftig im Rahmen von Verhältniswahlen zu wählen, ist keine Ursache für die Bildung und Verfestigung von Interessengruppen im Berufsstand, sondern eine Reaktion auf die Gegebenheiten im Berufsstand.

6. Wären nicht (zwingend) ausgewogene Listen von denjenigen, die Wahlvorschläge unterbreiten oder sich zur Wahl stellen, eine bessere Alternative?

Die Wahlen haben in der Vergangenheit wiederholt gezeigt, dass die Mitglieder die verfestigten Interessengruppen im Berufsstand wahrgenommen und die Zugehörigkeit eines Kandidaten zur einen oder anderen Gruppe zur Grundlage ihrer Wahlentscheidung gemacht haben. Die überwiegende Zahl der Wähler hat bei allen vergangenen Wahlen praktisch nur die Kandidaten eines Wahlvorschlages mithin praktisch nach Listen gewählt, auch wenn die Wähler an die Wahlvorschlagslisten nach der Wahlordnung nicht gebunden sind. Im Ergebnis war letztlich immer nur eine Interessengruppe im Beirat vertreten, während alle anderen Interessengruppen von der Mitarbeit im Beirat ausgeschlossen waren.

Unter diesen Voraussetzungen kann eine ausgewogene Verteilung der Interessengruppen im Beirat nur erreicht werden, wenn der Vorschlagende wahlrechtlich verpflichtet wäre, einen ausgewogenen Wahlvorschlag einzureichen, der alle relevanten Interessengruppen im Berufsstand im angemessenen Verhältnis berücksichtigt. Dieser Aufgabe können die meisten Mitglieder wohl nicht gerecht werden. Darüber hinaus stellt eine entsprechende Verpflichtung eine massive Einschränkung des grundgesetzlich geschützten Wahlvorschlagsrechtes dar. Als solche bedarf sie einer gesetzlichen Grundlage, mithin einer Änderung der Wirtschaftsprüferordnung, die selbst wiederum durch zwingende Sachgründe gerechtfertigt sein müsste.

7. Es ist denkbar, dass beim Verhältniswahlrecht Beiratsplätze unbesetzt bleiben, etwa wenn eine Liste sehr viel Stimmen auf sich vereinigt hat, aber nicht die ausreichende Zahl von Kandidatinnen oder Kandidaten zur Besetzung der erreichten Beiratsmandate aufweist. Kann das sein?

Ja, aber...! Dieser Effekt, der für den beschriebenen Fall in § 5 Abs. 7 Satz 9 WahlO-E, aber auch in § 5a Abs. 1 Satz 2 WahlO-E und § 5a Abs. 1 Satz 3 WahlO-E Berücksichtigung

findet, ist typischer Nebeneffekt von Verhältniswahlen. Überträgt man die Frage auf den allgemein politischen Bereich ist jedem klar, dass ein Mitglied einer Partei nicht für einen unbesetzten Platz einer anderen Partei in das Parlament nachrücken kann. Nach dem Beispiel verschiedener Landeswahlgesetze ist in § 5a Abs. 2 WahlO-E aber eine Nachwahl vorgesehen, wenn die Zahl der unbesetzten Sitze in einer Gruppe im Beirat 1/3 der statuarischen Sitze für die Amtszeit übersteigt. Im Übrigen sind unbesetzte Mandate in der Praxis, blickt man auf wahlverfahrensrechtlich vergleichbare Landtags- und Kommunalwahlen, eher unwahrscheinlich.

8. Sollte bei der Zusammensetzung des Beirates zumindest in Teilen auch der Gesichtspunkt einer ausgewogenen regionalen Zusammensetzung berücksichtigt werden, ggf. auch durch regionale Wahlen?

Die Gremien haben sich auch mit der Frage von regionalen Wahlen befasst, im Ergebnis aber davon Abstand genommen. Regionale Wahlen finden ihre Berechtigung in bestimmten erheblichen regionalen Anknüpfungsmerkmalen. Diese bestehen für die Berufsausübung mithin für die Mitgliedschaft in der Wirtschaftsprüferkammer aber nicht. Das Berufsrecht (auch hier wäre wieder eine Änderung der WPO erforderlich) differenziert in keiner Weise nach der regionalen Anbindung eines Berufsangehörigen. Regionale Anknüpfungsmerkmale sind damit für die erste Aufgabe der Wirtschaftsprüferkammer, die Wahrung der beruflichen Belange der Gesamtheit ihrer Mitglieder kraft Gesetzes ohne Bedeutung. Wollte man bei der Wahl regional differenzieren, sind zudem etwaige Grenzziehungen schwer. Politische Grenzen, wie etwa die Grenzen der Bundesländer oder der Landesgeschäftsstellen lassen sich aus vorgenannten Gründen nicht rechtfertigen; davon unabhängige Grenzen, etwa zwischen strukturschwachen ländlichen Regionen, ländlichen Regionen mit Nähe zu Ballungsgebieten und Ballungsgebiete lassen sich ungeachtet einer konkreten Definition dieser Regionen nicht praktikabel bestimmen und schon gar nicht zu sachlich begründbaren Wahlkreisen zusammenfassen.

Letztlich ist zu berücksichtigen, dass im Wahlverfahren Kandidaten ihre Stimmen ohnehin regelmäßig in der Region finden, in der sie beruflich angesiedelt sind. Bisher waren aus diesem Grund auch ohne gesetzliche oder satzungsrechtliche Regelung regelmäßig Mitglieder aus den verschiedenen Regionen des örtlichen Geltungsbereiches der Wirtschaftsprüferordnung im Beirat vertreten.

9. Wie viele Stimmen habe ich?

Die Überlegungen der Gremien waren von Anfang an von dem Gedanken getragen, dass sich das Wahlverfahren für den Wähler so wenig wie möglich ändert. Vor diesem Hintergrund bleibt die Zahl der Stimmen unverändert. Auch zukünftig hat jeder Wähler so viele Stimmen, wie Beiratsmandate in der jeweiligen Gruppe zu besetzen sind. Allerdings soll sich die Zahl der Mitglieder des Beirates nach den aktuellen Überlegungen zukünftig etwas verkleinern und für jede Amtszeit des Beirates nach der Zahl der Mitglieder der Wirtschaftsprüferkammer bestimmen. Die konkrete Stimmzahl wird aber jedem Mitglied mit dem ausführlichen Merkblatt zu den Briefwahlen mit der Übersendung der Briefwahlunterlagen mitgeteilt.

10. Ist es sachgerecht, dass ein Mitglied, das seinen Beruf in einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ausübt, zwei Stimmen hat?

Faktisch kann ein Mitglied seine Stimmzahl durch die Errichtung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften tatsächlich vermehren. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass nach der Wirtschaftsprüferordnung ausdrücklich natürliche Personen, mithin Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer und Nicht-Wirtschaftsprüfer/Nicht-vereidigte Buchprüfer-Geschäftsführer von Berufsgesellschaften ebenso Pflichtmitglieder der Wirtschaftsprüferkammer sind wie Berufsgesellschaften. Ebenso wie für natürliche Personen ist das Wahlrecht auch für Berufsgesellschaften einziges Äquivalent zur Pflichtmitgliedschaft in einer mitgliedschaftlich organisierten Personalkörperschaft des öffentlichen Rechts. Vor diesem Hintergrund ist es rechtlich wohl ausgeschlossen, Berufsgesellschaften das Wahlrecht zu entziehen.

Es kann auch keine Parallele zum Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlrecht gezogen werden, bei den Gesellschaften kein Wahlrecht haben. Gesellschaften sind insoweit mangels zwingender Einbindung in die Gebietskörperschaft, etwa kraft Staatsangehörigkeit, nicht mit Berufsgesellschaften mit Pflichtmitgliedschaft in der Wirtschaftsprüferkammer zu vergleichen. Vor diesem Hintergrund ist das Wahlrecht von Berufsgesellschaften auch nicht bedenklich, sondern ist im Gegenteil Ausdruck des wahlrechtlichen Gleichheitsgrundsatzes.

11. Ist darüber nachgedacht worden, Minderheiten im Beirat ein Vetorecht einzuräumen oder für bestimmte Beschlüsse qualifizierte Mehrheiten zu fordern?

Die Stärkung von Minderheitenrechten, etwa durch Vetorechte oder das Erfordernis qualifizierter Mehrheiten für bestimmte Beschlussfassungen, kann die vorgeschlagenen Anpassungen des Wahlrechts ergänzen, stellt selbst aber kein Wahlrecht dar. Schon heute sieht die Satzung der Wirtschaftsprüferkammer qualifizierte Mehrheiten bei der Beschlussfassung über Satzungsänderungen und Antrags- und Rederechte für jedes Beiratsmitglied vor. Eine Ausweitung qualifizierter Mehrheitserfordernisse oder die Einführung eines Vetorechts für Minderheiten bei bestimmten Sachthemen ist vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die bisherige Meinungsbildung im Beirat, insbesondere auf die Abstimmungsergebnisse zu verschiedenen Fragen in den vergangenen Jahren bisher nicht vorgesehen. Sollte die Änderung des Wahlrechts und die daraus folgende Änderung der Zusammensetzung des Beirates zukünftig Anpassungen erforderlich machen, kann der Beirat, der über die Kompetenz zur Änderung der Satzung verfügt, entsprechende Anpassung des Satzungsrechtes vornehmen. Hierzu wäre der Berufsstand zuvor anzuhören.